

ein gesamtdeutsches Organ besteht. Die Deutschen müssen sich also zunächst selbst einigen. Für einen Friedensvertrag muß ein deutscher Partner vorhanden sein, der gesamtdeutsche, konstituierende Rat.

Jeder versteht, daß der Frieden in Deutschland und in Europa erst dann gesichert ist, wenn ein Friedensvertrag mit einer gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen ist. Solange kein Friedensvertrag besteht, werden die amerikanischen Imperialisten Westdeutschland als ihren Exerzierplatz und als ihre Kriegsbasis für ihre Weltoberungsziele betrachten. Wenn aber das deutsche Volk sich einigt und mit aller Energie die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung und den Abschluß eines Friedensvertrages fordert, wenn die amerikanischen Rüstungsgewinnler genügend deutlich merken, daß die Mehrheit des deutschen Volkes gegen den amerikanischen Krieg ist und nicht gewillt ist, seine Söhne den amerikanischen Konzernherren als Kanonenfutter hinzuzuerwerfen, dann werden auch die amerikanischen Imperialisten den Forderungen des deutschen Volkes nachgeben müssen.

Die SED bringt klar zum Ausdruck, daß sie alle Schritte unterstützen und fördern wird, die der Herbeiführung von

Besprechungen zwischen Vertretern Westdeutschlands und Ostdeutschlands dienen. Die demokratischen Vertreter Ostdeutschlands haben auch nicht die Absicht, die Besprechungen an irgendwelche Vorbedingungen zu knüpfen. Wir sind der Meinung, daß vor allem eine Verständigung über die Bildung eines gesamtdeutschen konstituierenden Rates herbeigeführt werden sollte, um sich zu verständigen, wie wir zu einem deutschen Friedensvertrag kommen können. Die von den amerikanischen und englischen Gouverneuren in Westberlin und in Westdeutschland beeinflusste Presse gibt sich größte Mühe, durch alle möglichen Gerüchte die gemeinsamen deutschen Besprechungen zu hintertreiben. Wir hoffen jedoch, daß es unter den führenden Männern in Westdeutschland noch genügend unabhängige Persönlichkeiten gibt, die sich von amerikanischen Kriegsinteressen nicht unter Druck setzen lassen, sondern sich von den Interessen des Friedens und der Nation leiten lassen werden. Wenn das der Fall ist, wird auch eine sachliche Besprechung über den Inhalt der künftigen Ordnung in Deutschland möglich sein. Auf beiden Seiten muß also der Wille zu Kompromissen vorhanden sein. Wir sind nicht der Meinung, daß die innere Ordnung des einigen Deutschlands einfach eine Kopie der Deutschen Demokratischen Republik sein wird.

## **Adolf dete ~~Verbessern~~ wir die Arbeit der Friedenskomitees in den Berliner Schwerpunktbetrieben!**

Auf der 3. Tagung des Zentralkomitees hat der Generalsekretär unserer Partei, Genosse Walter Ulbricht, in einem ausführlichen Referat den Kampf für den Frieden als die Hauptaufgabe gestellt. In der vom ZK angenommenen Entschließung heißt es:

**„Das ZK der SED fordert alle Parteimitglieder auf, die Kenntnis der Prager Beschlüsse und ihre Bedeutung in allen Teilen der Bevölkerung zu verbreiten und zu vertiefen.**

**Die Prager Beschlüsse zeigen den einzig möglichen und in seiner Einfachheit jedermann einleuchtenden Weg zur friedlichen Lösung der deutschen Frage.“**

Die Prager Beschlüsse sollen in allen Betrieben zum Gegenstand der Diskussion gemacht werden. Das ist in erster Linie eine Aufgabe der Betriebsgruppen der SED, die es verstehen müssen, weit über den Kreis der Mitglieder der anderen betrieblichen Organisationen, vor allem aber die Betriebsgewerkschaftsgruppe und das Friedenskomitee in diesem Kampf für den Frieden zu führen. Eine breite Aufklärung in einzelnen Diskussionen und in Gruppen über die vier Punkte der Prager Beschlüsse wird am besten unserem Kampf für den Frieden dienen. Damit leisten wir auch einen bedeutenden Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens.

In Berlin bestehen in den Betrieben 1409 Friedenskomitees, die insgesamt 11 260 Mitarbeiter erfassen. Das ist gewiß eine stattliche Zahl, aber sie entspricht noch nicht den realen Möglichkeiten, besonders wenn man dabei bedenkt, daß die Zahl der betrieblichen Friedenskomitees in Westberlin noch sehr gering ist.

Die Arbeit der betrieblichen Friedenskomitees ist eine sehr unterschiedliche. Einige der Friedenskomitees leisten eine gute Arbeit, verstehen es, sofort auf alle wichtigen politischen Ereignisse zu reagieren, andere stehen aber nur auf dem Papier. Was ist die Ursache, daß nicht alle Friedenskomitees zu einer lebendigen und aktiven Arbeit kommen? In erster Linie ist dies ein Versäumnis der Betriebsgruppen der Partei. Die große Bedeutung des Friedenskampfes, für den es gilt, alle Belegschaftsmitglieder zu ge-

winnen, wird noch unterschätzt. Mit der Annahme einer Entschließung endet häufig die Arbeit, statt nun erst recht den Kampf zu verstärken. Es ist aber auch ebenso ein Mangel der Betriebsgewerkschaftsgruppen und der BGL, die den Friedenskomitees nicht genügend Hilfe und Anleitung geben. In den betrieblichen Friedenskomitees ist ein großer Teil von Arbeitern und Angestellten vereinigt, die parteilos sind und nicht über organisatorische und politische Erfahrungen verfügen. Hier muß die Arbeit der Betriebsgruppe der Partei einsetzen. Sie muß helfen, dem betrieblichen Friedenskomitee einen Plan auszuarbeiten, wie und in welcher Weise die Belegschaft zur aktiven Mitarbeit im Friedenskampf gewonnen werden soll. Die Betriebsgewerkschaftsleitung soll entsprechend den Beschlüssen des FDGB die Arbeit des Friedenskomitees anleiten und kontrollieren, und die BGL muß ihre gewerkschaftlichen Erfahrungen dem Friedenskomitee nutzbar machen.

Von besonderer Bedeutung im Kampf für den Frieden sind aber unsere Schwerpunktbetriebe, und hier muß leider gesagt werden, daß die Arbeit der Friedenskomitees noch immer unbefriedigend ist. In einem Bericht der Oktobernummer von „Wille und Weg“, dem Funktionärorgan der SED-Landesleitung Groß-Berlin, wird über die Arbeit des Friedenskomitees der Niles-Werke geschrieben. Dort wurde festgestellt, daß ein Friedenskomitee besteht, eine ziemlich gute Zusammensetzung hat, schon eine Reihe von Versammlungen durchgeführt wurden, auf denen über die Oder-Neiße-Friedensgrenze, gerechter und ungerechter Krieg usw. diskutiert wurde, aber im allgemeinen leistet das Friedenskomitee seine Arbeit für sich. Die Betriebsgruppenleitung der Partei hat selbst festgestellt, daß man sich 14 Tage vor der Berliner Friedenskonferenz noch nicht mit dieser befaßt hat. Aber wie kann man das Interesse der Gesamtbelegschaft wecken, wenn nicht die Friedenskonferenz und jetzt der Deutsche Friedenskongreß bzw. der Weltfriedenskongreß, der im November in Sheffield stattfindet, Anlaß sind, um mit jedem einzelnen Kollegen der Belegschaft zu diskutieren. Bei einer erneuten Überprüfung der Arbeit des Frie-